



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Dr. Linus Förster, Susann Biedefeld, Hans-Ulrich Pfaffmann, Johanna Werner-Muggendorfer, Alexandra Hiersemann, Dr. Christoph Rabenstein, Diana Stachowitz, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayer, Helga Schmitt-Bussinger** und **Fraktion (SPD)**

Flüchtlinge aus Syrien sofort und unbürokratisch aufnehmen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. schnellstmöglich, im Einvernehmen mit dem Bundesinnenministerium, ein eigenes Aufnahmeprogramm für syrische Flüchtlinge für das Land Bayern in Kraft zu setzen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Kosten für den Lebensunterhalt für die Flüchtlinge auch durch Dritte d.h. Freunde, Bekannte oder Hilfsorganisationen übernommen werden können;
2. die hohen Anforderungen für den Familiennachzug von Schutzsuchenden zu in Deutschland lebenden Verwandten zu reduzieren und die Einreise für Familienangehörige aus Syrien zu vereinfachen bzw. erheblich zu beschleunigen.

Begründung:

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich bisher verpflichtet 10.000 syrische Flüchtlinge aufzunehmen. Bayern muss nach dem Königsteiner Schlüssel 1.520 Flüchtlinge aufnehmen. Bisher hat Bayern erst 437 Flüchtlinge aufgenommen (Stand 31. März 2014). Vor diesem Hintergrund haben 15 Bundesländer ein eigenes Aufnahmeprogramm in Kraft gesetzt. In diesen Aufnahmeprogrammen wurden die Kriterien für die Einreise vereinfacht und unbürokratisch festgelegt.

In einer Anordnung des Bundesministeriums des Innern vom 23. Dezember 2013 werden die Bundesländer aufgefordert, verstärkt Anträge zu unterstützen, die von Menschen gestellt werden, die verwandtschaftliche Beziehungen zu in Deutschland lebenden Menschen unterhalten. Schon deshalb ist es u.E. vollkommen unverständlich, dass solche Anträge über Monate hinweg nicht bearbeitet werden. Gerade in diesen Fällen muss das Land Bayern keine staatlichen Unterkünfte bereitstellen. Eine Verzögerung der Vorabzustimmung der Visumerteilung durch die bayrischen Ausländerbehörden ist nicht hinzunehmen.

Der seit Jahren andauernde Bürgerkrieg in Syrien ist eine der größten Katastrophen der Gegenwart. Eine Aufnahme von Flüchtlingen, zumindest in dem von der Bundesrepublik zugesicherten Kontingent, ist deshalb humanitäre Verpflichtung für alle Bundesländer.